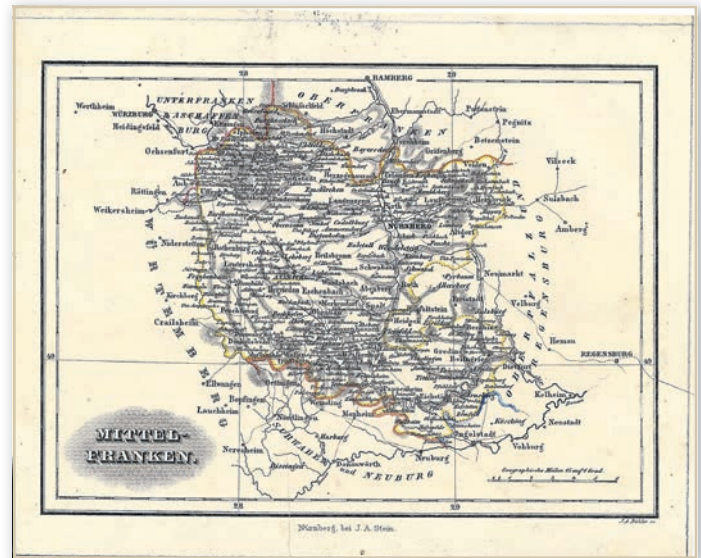


Der Landkreis Eichstätt aus Köschinger Sicht

Von Dr. Friedrich Lenhardt

Der Landkreis Eichstätt hat seine Ursprünge im „Hochstift Eichstätt“, dem weltlichen Herrschaftsgebiet des Bischofs, das aus dem Bischof den Fürstbischof machte. Mit dem Anfall des „Hirschberger Erbes“ beim Tod des letzten Hochstiftsvogtes Gebhard VII. im Jahr 1305 erreichte das Hochstift eine nennenswerte Größe, und, nachdem die Vogtei nicht mehr besetzt wurde, konnte die Verfügungsgewalt des Bischofs von keiner Seite mehr wesentlich beeinträchtigt werden. Das Hochstift hatte Bestand bis zum Ende des alten Reiches, als 1801 nach dem Frieden von Luneville die geistlichen Fürstentümer an weltliche Herrscher kamen. 1802 wurde das Hochstift Eichstätt von Bayern in Besitz genommen, aber nur, um zusehen zu müssen, wie auf Druck des wahren Machthabers Napoleon dort aus dem Unteren Stift das Fürstentum Eichstätt für Erzherzog Ferdinand, Großherzog von Toskana und Kurfürst von Salzburg, entstand. Erst 1806 wurde es wieder Bayern unterstellt und dem Landeskommisariat Neuburg zugewiesen. Es war in die Landgerichte Eichstätt, Kipfenberg, Beilngries (seit 1812 Greding) gegliedert. In gleichem

Zug wurden Domkapitel, Stifte und Klöster aufgehoben und die Kirchenherrschaft zu Ende gebracht. Der letzte Fürstbischof Joseph Graf von Stubenberg verließ Eichstätt und zog sich auf sein Jagdschloss in Greding zurück. 1808 schuf sich das junge Königreich neue Verwaltungseinheiten, die Kreise. Mit Eichstätt als Hauptstadt entstand der „Altmühlkreis“, der wesentlich größer als das Fürstentum war, zumal ihm Ingolstadt zugeschlagen war. Dem politischen Geschehen folgend wurden die Kreise 1808 neu konfiguriert. Der Altmühlkreis wurde zur Verfügungsmasse. Nur für kurze Zeit konnte Eichstätt seine Hauptstadtfunktion im „Oberdonaukreis“ behalten. Das Landgericht Riedenburg wurde dabei 1810 an den „Regenkreis“ abgegeben. Aber schon 1817 wurde der Kreis neu zugeschnitten und Augsburg als Zentrale bestimmt. Beilngries, Kipfenberg und Ingolstadt wurden, wie 1808 Riedenburg, an den Regenkreis abgetreten. Neuburg kam nach Schwaben. Greding zeichnete die zukünftige Entwicklung schon einmal vor und wurde an den „Rezatkreis“ mit Ansbach gegeben. Ursache war die Schaffung eines angemessenen Fürstentums für Eugen, Herzog von Leuchtenberg, der seine Residenz in Eich-



Mittelfranken, nach der Karte von Bayern 1840

stätt nahm. Es hatte unter bayerischer Oberhoheit bis 1831 Bestand. Die aufsichtsführende Behörde scheint in Regensburg gesessen zu sein, Eichstätt gehörte somit zum Regenkreis.

1838 griff königlicher Wille erneut in Struktur und Namen der Kreise ein. Oberbayern entstand neu, vermehrt um Ingolstadt. Sitz seiner Hauptstadt war München. Der offenbar nicht mehr als lebensfähig erachtete Restbestand, die Landgerichte Beilngries, Eichstätt und Kipfenberg, wurden an das neu so benannte „Mittelfranken“, den alten Rezatkreis mit Ansbach als Hauptstadt, gegeben. Im Norden lag dadurch Denkendorf bereits in Mittelfranken, im Westen begann er gleich hinter Eitsheim.

1862 kam es bekanntlich zur Trennung von Justiz und Verwaltung. Eichstätt und Beilngries führten die Tradition als „Bezirksämter“, ab 1938 als „Landkreise“ weiter. Die Stadt Eichstätt war dem Landkreis unterstellt ab 1949 war sie wieder kreisfrei.

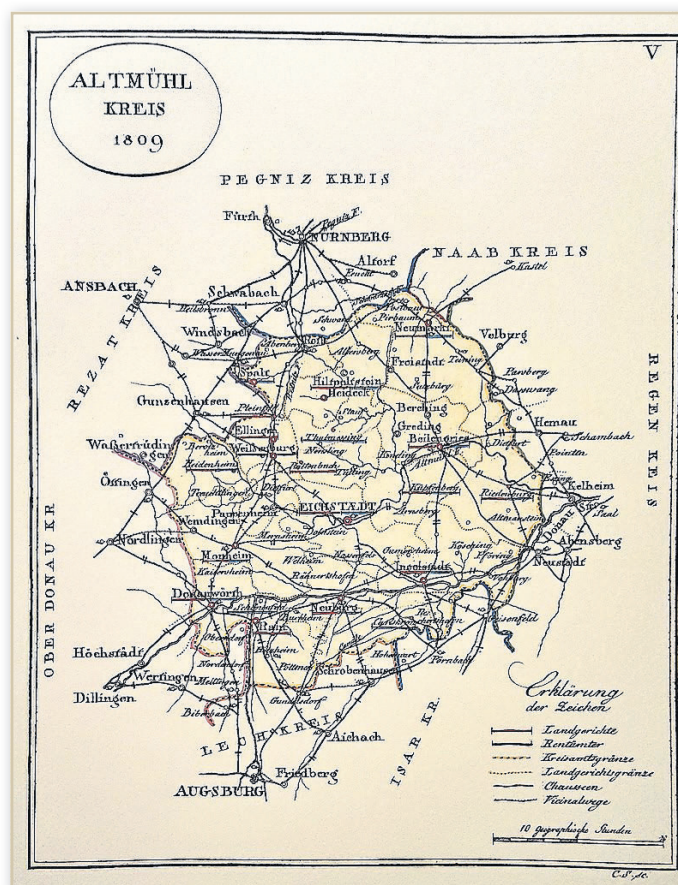
1972 entstand der Landkreis Eichstätt neu, erweitert um erhebliche Teile des Landkreises Riedenburg, der zertrümmert wurde und um den Landkreis Ingolstadt, der aufgelöst wurde. Das Gebilde fand sich in Oberbayern wieder. Man vermutete, wohl nicht ganz zu Unrecht, bei diesem Zuschnitt wahltaktische Gründe und persönliche Einflussnahmen des Eichstätter Bischofs Alois Brems (1968-1983) und des Landtagsabgeordneten von Pfaffenhofen Minister Hans Eisenmann. Der Bischof hatte am 25. Mai 1971, wie die Tageszeitung berichtete, an „bedeutende CSU-Prominenz“ geschrieben, dass, sollte Eichstätt die staatliche Kreisverwaltung verlieren, dies eine „Unterbewertung

und Abwertung“ alles dessen verstanden werden müsse, was die Kirche an kulturellen und geistigen Gütern in diese Stadt investiert habe. Die Kreisverwaltung Ingolstadt hatte eine solche massive Intervention damals zurückgewiesen, die Änderung der Regierungsplanung belegte deren Erfolg.

Bei solcher Konstellation konnte lokaler Protest nicht ausbleiben. So folgte man, ich wiederhole mich, auf der mittleren Verwaltungsebene dieser Regierungsentscheidung eher widerwillig. Die Staatsregierung wollte, unterstützt vom damaligen Ingolstädter Oberbürgermeister Otto Stinglwagner die „Dreierlösung“, die die Auflösung des Altlandkreises Ingolstadt und Zuweisung seiner Teile an die angrenzenden Landkreise Neuburg, Eichstätt und Pfaffenhofen. Nachdem eine Unterstützung von oben nicht erwartet werden konnte, wandte man sich an die Bevölkerung. Unter Führung von Adolf Fink, Landrat seit 1966, – was ist aus ihm geworden? – bildete sich eine „Bürgeraktion Kreis Donau-Alt-mühl“, die als „große Lösung“ einen Ring-



Landrat Fink trägt sich in die Liste zum Volksbegehren ein. Photo DK vom 11. November 1971.



Der Altmühlkreis 1809



- a) Das Wappen des alten Landkreises Eichstätt
b) Das Wappen des neuen Landkreises Eichstätt
c) Das Wappen des aufgelösten Landkreises Ingolstadt
d) Das Wappen des zertrümmerten Landkreises Riedenburg

Landkreis um den Landkreissitz Ingolstadt forderte. Zwischenzeitlich dachte man auch an eine Zweierlösung, mit einem „Nordlandkreis“ unter Einbeziehung von Riedenburg, Beilngries und Dietfurt. Die Aktion trat im November 1971 im Stadttheater Ingolstadt an die Öffentlichkeit, um für das Volksbegehren vom 10. bis 23. November und die von ihr favorisierte „große Lösung“ zu werben. Es sprachen neben Fink und seinem Köschinger Stellvertreter Thomas Ferstl und deren Riedenburg-Kollegen Franz Lang und Wilhelm Leichtfuß die Mitglieder des Bayerischen Landtags Willi Schneider, SPD, und Peter Schnell, CSU, der zwar die Argumente der Regierung vortrug, aber bekundete, dass er sich damit nicht identifizieren könne. Der anschließende Protestmarsch durch die Innenstadt wurde vom Spielmannszug Kösching angeführt. Zur gleichen Zeit wurde im Ambergersaal in Kösching eine Bürgerversammlung abgehalten, auf der sowohl Bürgermeister Karl Dollinger als auch die Gemeinderäte Thomas Ferstl, SPD, und Thomas Paulus, CSU, und Richard Scheringer, DKP, auf dem von der Staatsregierung zugesagten Mitspracherecht der Bevölkerung bestanden. Diese sollte die Aktion zur „großen Lösung“ und damit das Volksbegehren unterstützen. Man könne und wolle nicht glauben, dass das Landratsamt künftig in Eichstätt

sein solle. Einer angedachten Resolution, in der der Rücktritt von Ministerpräsident Alfons Goppel und Innenminister Bruno Merk gefordert wurde, blieb bekanntlich der Erfolg versagt. Es kam anders. Die Resonanz des von einer „Arbeitsgemeinschaft für eine demokratische Gebietsreform“ durchgeführten Volksbegehrens blieb überschaubar. Unter den Landgemeinden stimmten nur 12 Prozent, in der Stadt gar nur 4,23 Promille, in Kösching waren es 916 von 2948 Stimmberechtigten. Es sah vor, die Gebietsreform als Gesetz über den Landtag mit Zweidrittel-Mehrheit und Zustimmung der Bevölkerung zu verabschieden und es nicht als einfache Verordnung durchsetzen zu lassen. Medienwirksam trug sich Landrat Fink in die Liste ein. Es gehört zur Tragik des letzten Landrats, der sich als einziger öffentlich für den Erhalt des Landkreises Ingolstadt exponierte und seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur anbot, dass er in die Mühlen der Partei geriet, die ihn aus dem politischen Leben drängte. Man befolgte einen Parteibeschluss, nachdem jeder, der auf einer anderen Liste auftrat, auszuschließen sei. Der Landrat von Ingolstadt hatte sich nämlich angesichts der realen Machtverhältnisse entschlossen, auf der Liste der CUM als Kandidat aufzutreten. Neben dieser „Christlichen Union der Mitte“ schwächte eine

Mehr Demokratie - eine Lebensfrage für die Selbstverwaltung

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die deutsche Sozialdemokratie ist die gesellschaftliche Kraft der inneren Reformen. Das gilt nicht erst seit der Übernahme der Regierungsverantwortung in Bonn; mehr Demokratie ist unsere Gerechtigkeit, gleiche Lebenschancen, soziale Gerechtigkeit, mehr Freiheit für den einzelnen, mehr Mitwirkung für den Bürger in unseren Gemeinden und die Grundzüge und Ziele für unsere politische Verantwortung.

Von heute an haben wir in der Vergangenheit lückenlos gearbeitet, diese Politik insbesondere im kommunalen Bereich zu verwirklichen.

Nun fast alle Probleme der inneren Reformen treten hier zusammen.

Ob es sich um Finanz- und Wirtschaftspolitik handelt, ob es um Städtebau, Dorfentwicklung, Wohnungsbau geht, ob wir Investitionsentscheidungen im Bereich des Bildungswesens treffen haben oder die Verkehrswege ausbauen wollen, Energieversorgung und Erziehung und die wichtigsten Probleme des Umweltschutzes, Sport – Freizeit – Erholung, Altersheimen und Altersbetreuung, aktive Jugendpolitik – der Ausbau des Gesundheitswesens; jedes dieser Probleme wird für die Betroffenen im kommunalen Bereich, d. h. im engeren Lebensbereich der einzelnen Bürger unmittelbar und konkret.

Andersherum zeigt sich daran, daß die kommunalen Probleme nicht isoliert betrachtet und behandelt werden dürfen. Vielmehr geht es um Strukturprobleme, die nur auf der Grundlage einer tiefgründigen und weitsichtigen Landesentwicklungsplanung gelöst werden können. Ein klares politisches Konzept für die Kommunalpolitik bedeutet deshalb, von dieser Tatsache ausgehend, den Zusammenhang aller beiden Ebenen unserer politischen Praxis fruchtbar zu machen: die Ziele der sozialdemokratischen Landes- und der sozialdemokratischen Kommunalpolitik sind aufeinander abgestimmt.

Wer diesen Zusammenhang begreift, wird auch die Notwendigkeit unserer Forderung nach mehr Demokratie verstehen und zu würdigen wissen.

Denn das Fundament für die Selbstständigkeit der Kommunen ist die Selbstverwaltung; aber für die kommunale Selbstverwaltung ist die Ausübung der Demokratie eine Lebensfrage.

Der Grundsatz, den wir in den Programmen für Bayern der gemeinsamen Ausarbeitung des landespolitischen Arbeitsprogramms der SPD vorausgesetzt haben, wird hier noch einmal konkret: die Stärkung der Landrätschaft und die Ausübung der sozialen Demokratie bedingen einander. Wir sind uns darüber im Klaren, daß die Zukunftsaufgaben nur durch eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden gelöst werden können.

Dafür haben wir Vorschläge unterbreitet. Einer besonderen Quantifizierung der finanziellen Folgen der im Programm niedergelegten Zielvorstellungen bedurfte es nicht, denn zum einen stellt dieses Programm in vielen Bereichen eine mittel- oder langfristige Perspektive dar, zum anderen hängt seine Verwirklichung von der unterschiedlichen Initiative und Leistungskraft der einzelnen Gemeinden und des Landkreises ab.

Wir verbinden mit unserem Programm die Absicht, noch über den Wahltag hinaus um Verständnis für unsere Auffassung zu werben, daß es bei Kommunalpolitik nicht um die Angelegenheiten lokaler Honorare geht – so ehrenwert diese sein mögen –, sondern um praktische gesellschaftspolitische.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ferstl
(Thomas Ferstl)



Thomas Ferstl, 51 Jahre, verheiratet, 4 Kinder, stellv. Landrat und 2. Bürgermeister von Kösching, SPD-Geschäftsführer des Bundeswahlkreises 202 Ingolstadt.

Stimmzettel

1	Ferstl Thomas Geschäftsführer, stellv. Landrat Kennwort: Sozialdemokratische Partei (SPD)	☒
2		☐
3		☐
4		☐
5		☐
6		☐
7		☐
8		☐
9		☐
10		☐

Thomas Ferstl, Kandidat der SPD am 11. Juni 1972.

zweite Abspaltung im Altlandkreis, der „Landkreisblock der Mitte“, den dortigen Ortsverband. Der stärkste Ortsverband von Kösching versuchte den Spagat und trat im Ort als CSU, im Kreis als CUM auf. Die SPD versuchte mit der Forderung nach stärkerer Beteiligung der Bevölkerung zu punkten, scheiterte aber mit ihrem Landratskandidaten, dem Köschinger Thomas Ferstl, stellvertretendem Ingolstädter Landrat und damit im neuen Kreisgebiet weithin unbekannt.

Die CSU trat mit Konrad Regler an, der seit dem 1. Mai 1970 Landrat des Alt-Landkreises Eichstätt war (zuvor Otto Betz 1945-1948 und Hans Pappenberger 1948-1970), wo er seine Hausmacht festigen konnte. Regler stellte sich und seine Verbindungen nach oben und ganz oben Ende Mai 1972 im Donaukurier vor. Ein Artikel in der Süddeutschen Zeitung zur Kommunalwahl am 11. Juni sprach die Vorgänge zur Entstehung des Landkreises mit einem Wortspiel deutlich an: „Fink und seine Freunde sind noch heute [Artikel vom 2. Juni 1972] fest davon überzeugt, daß ein Brief des Eichstätter Bischofs Brems (...) eine großzügige Lösung zur Gebietsreform im Raum Ingolstadt gebremst hat.“ Der Artikel nannte insbesondere die innerparteilichen Winkelzüge: „Indes, solche despektierlichen Ansichten in aller Öffentlichkeit zu äußern, war auch dem damaligen Vorstandsmitglied des CSU-Bezirksverbandes Oberbayern ungestraft nicht möglich. Bei der Nominierung des Landratskandidaten für den neuen Großlandkreis Eichstätt-Ingolstadt verhalten die Eichstätter ihrem derzeitigen Landrat Konrad Regler zum Sieg über Fink, indem sie durch intensive Mitgliederwerbung ihren CSU-Kreisverband so weit vergrößerten, daß ihre Delegierten bei der Abstimmung Finks Ingolstädter Anhang überstimmten.“

Die Mutterpartei hatte den Altlandkreis Ingolstadt völlig fallen gelassen und konzentrierte sich mit Erfolg auf die Stadt Ingolstadt, wo mit Peter Schnell ein neuer Oberbürgermeister gewählt wurde. Im Kreis war das Ergebnis CSU 33 Sitze, SPD 15 Sitze, CUM 9 Sitze, Landkreisblock drei Sitze. Abschließend trat der neue Kreistag dem Altlandrat Fink vors Schienbein und brachte dessen Schlussvergiftungen auf die Tagesordnung. So ganz vertraute die Fraktion der CSU ihrer Macht noch nicht und lehnte eine Mitsprache der Bevölkerung bei der Wahl des Kreissitzes und des Landkreises ab. Der Kreisausschuss bestimmte mit knapper Mehrheit (sieben zu sechs Stimmen) Eichstätt (gegen Ingolstadt) zum Sitz der Kreisverwaltung und Eichstätt (gegen Donau-Altmühl und Altmühl-Donau) zum Namen des Landkreises und belegte, dass den Sitz der realen Macht bei der Staatsregierung in München war, indem sie auf deren Definitiventscheidung verwies.

Eine Aufsichtsbeschwerde in Karlsruhe, die Landrat Fink noch eingebracht hatte, scheiterte im Juni 1972 und beim Verwaltungsgerichtshof in München im Juli 1972. Der Landkreis Ingolstadt blieb aufgelöst und wurde Geschichte. Geblieben ist die starke Stellung der UW.

Als Landräte des neuen Landkreises fungierten – bei allem alten Hader muss man sagen erfolgreich – in der alten Residenz von Eichstätt Konrad Regler (CSU) 1972-1996, Xaver Bittl (CSU) 1969-2008, Anton Knapp (CSU) 2008-2020, Alexander Anetsberger (CSU) 2020-heute. Der Landkreis Eichstätt wird 2022 seinen fünfzigsten Geburtstag feiern können. Es ist zu hoffen, dass bei dem fälligen historischen Rückblick im allgemeinen Lob nicht die, mit heutigen Augen gesehen, demokratischen Defizite bei der Geburt des Jubilars übergangen werden.



Unprofessionell wirkt noch die Faustskizze des neuen Landkreises auf dem Wahlprospekt der SPD, die auf Bewährtes setzte, hier die Person des stellvertretenden Landrats Thomas Ferstl, und damit auf Kreisebene scheiterte.